



**EINSTELLUNGEN
ZU POLITIK, INSTITUTIONEN UND
AKTEUREN IN BADEN-WÜRTTEMBERG –
Fokus Bildung**



**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

Fritz-Erler-Forum
Baden-Württemberg

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek

Das Fritz-Erler-Forum ist das Landesbüro Baden-Württemberg der Friedrich-Ebert-Stiftung und bietet politische Bildung, Beratung und Debattenforen im Bundesland an.

EINSTELLUNGEN ZU POLITIK, INSTITUTIONEN UND AKTEUREN IN BADEN-WÜRTTEMBERG – Fokus Bildung



Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung /
des Fritz-Erler-Forums Baden-Württemberg

IMPRESSUM

ISBN 978-3-96250-872-2

Herausgegeben vom
Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg
Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung
Anja Dargatz
Werastraße 24
70182 Stuttgart

Verfasserin
Doro Moritz

Gestaltung
Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Titelillustration
Corinna Hillebrand-Brem

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten
Ansichten sind nicht notwendigerweise die der
Friedrich-Ebert-Stiftung.

© Friedrich-Ebert-Stiftung 2021
Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen
nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.
Eine gewerbliche Nutzung der von der FES
herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche
Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Inhalt

Vorbemerkung.....	6
Einstellungen in Baden-Württemberg.....	7
Zufriedenheit Landesregierung auf Politikfeldern.....	8
Ausrichtung Schulpolitik	10
Bewertung frühkindliche Bildung	13
Fazit.....	17
Abbildungsverzeichnis.....	18

Vorbemerkung

Welches Thema muss am vordringlichsten in Baden-Württemberg angegangen werden? Nicht der Wandel der Automobilindustrie, nicht die Energiewende und auch nicht die Mobilität: 26 Prozent der Baden-Württemberger_innen sagen „Bildung“. Im Herbst 2020 hat Infratest Dimap im Auftrag des Fritz-Erler-Forums eine repräsentative Umfrage durchgeführt, deren Ergebnisse in der Studie „Einstellungen zu Politik, Institutionen und Akteuren in Baden-Württemberg“ (Dr. Nico Siegel/Roberto Heinrich 2021) zusammengefasst sind. Das Thema „Bildung“ ragt prominent aus dieser Umfrage heraus.

Deshalb hat das Fritz-Erler-Forum Doro Moritz, bis 2020 Vorsitzende der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) Baden-Württemberg, gebeten, sich die Ergebnisse genauer anzuschauen und einzuordnen – mit ihrer Perspektive als langjährige Gewerkschafterin und Lehrerin. Wir danken ihr ganz herzlich, dass sie diese Aufgabe angenommen hat. Denn reine Zahlen verändern eine Gesellschaft noch nicht. Sie müssen in Konzepte und Ideen einfließen. Die Baden-Württemberger_innen wissen übrigens sehr genau, was sie sich von einer guten

Schulpolitik wünschen. Angesichts der Pandemie könnte man meinen, dass die Digitalisierung der Schulen dominiert. Fehlanzeige: Mehr Lehrer_innen sind gefragt. Denn mit ausreichendem und qualifiziertem Personal lassen sich alle Herausforderungen besser meistern, von Digitalisierung bis Heterogenität.

Die Publikation besteht aus drei Teilen: dem erwähnten allgemeinen Überblick, die separate Auswertung zum Thema „Bildung“, die Sie in der Hand halten und einer weiteren Auswertung zu „Wirtschaft“ – ein Thema, das ebenfalls an Relevanz aus der Umfrage heraussticht.

Wir hoffen, dass dieses Gesamt-Paket für Sie und Ihre gesellschaftspolitische Arbeit nützlich ist – oder Ihnen auch einfach einen interessanten Einblick gibt, was die Menschen in Baden-Württemberg bewegt.

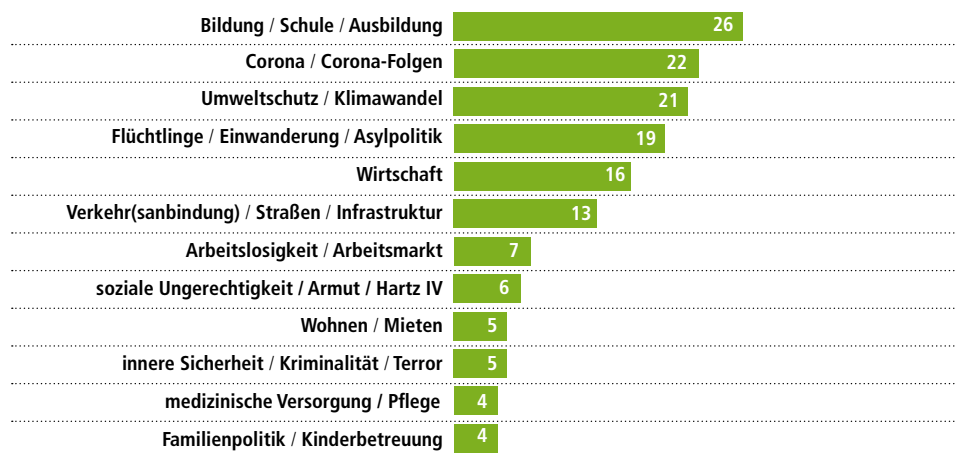
Anja Dargatz

Leiterin des Fritz-Erler-Forums, Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Baden-Württemberg
Februar, 2021

Einstellungen in Baden-Württemberg

Abbildung 1
Themensalienz Herbst 2020

Welches ist Ihrer Meinung nach das wichtigste politische Problem in Baden-Württemberg, das vordringlich gelöst werden muss? Und welches ist das zweitwichtigste?



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Baden-Württemberg / Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Anderes Thema / weiß nicht / keine Angabe

© infratest dimap

Die Themensalienz vom Herbst 2020 spricht eine klare Sprache: Bildung, Schule, Ausbildung sind die wichtigsten politischen Probleme in Baden-Württemberg, die vordringlich gelöst werden müssen. Wie diese Lösung aussehen soll, wird zwischen Reformorientierten und Konservativen kontrovers diskutiert.

Familienpolitik und Kinderbetreuung landen dagegen mit vier Prozent ganz am Ende der Skala auf dem 12. Platz. Dies gibt Hinweise auf eine konservative Grundhaltung, die der frühkindlichen Bildung und Betreuung sowie einer unterstützenden Familienpolitik geringe Bedeutung beimisst.

Bei den öffentlichen Bildungsausgaben besteht Handlungsbedarf. Laut Bericht der Statistischen Ämter des Bundes

und der Länder gab Baden-Württemberg 2019 für Bildungseinrichtungen gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) weniger Geld aus als im bundesweiten Durchschnitt. In Schulen und Hochschulen investierte Baden-Württemberg insgesamt 3,3 Prozent, während der bundesweite Schnitt bei 4,4 Prozent lag, der OECD-Durchschnitt bei 4,9 Prozent.

In seiner Rede bei der Vorstellung der OECD-Studie *Bildung auf einen Blick 2020* stellte Andreas Schleicher fest: „Hochwertige frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung steht und fällt allerdings mit der personellen Ausstattung. Daran muss Deutschland noch arbeiten.“ In diese Feststellung bezog er aufgrund der Ausgaben je Kind die Grundschulen ein. OECD (2020), *Education at a Glance 2020: OECD Indicators*, OECD Publishing, Paris

Zufriedenheit Landesregierung auf Politikfeldern

In der frühkindlichen Bildung und in der Schul- und Bildungspolitik ist eine große Mehrheit im Land mit den Anstrengungen der Landesregierung weniger bzw. nicht zufrieden. Die Zufriedenheit mit der Schul- und Bildungspolitik liegt mit nur 32 Prozent deutlich unter dem Wert für die frühkindliche Bildung (41 Prozent).

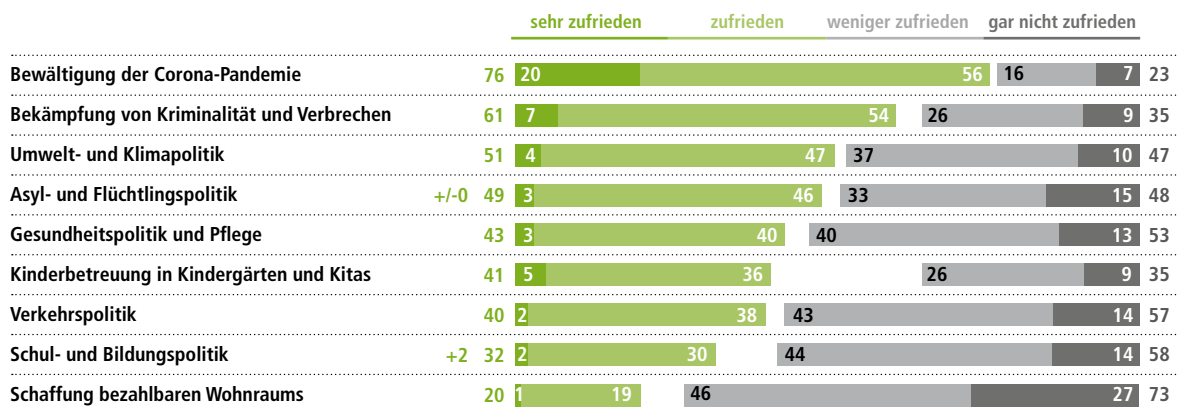
Der erhebliche Ausbau der Kita- und Krippenplätze in der Zeit der grün-roten Landesregierung von 2011 bis 2016, finanziert durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer, konnte den Rechtsanspruch auf einen Platz 2013 weitgehend sicherstellen. Auch ist die Fachkraft-Kind-Relation in Baden-Württemberg besser als in anderen Bundeslän-

dern. Inzwischen führt jedoch der Fachkräftemangel in Verbindung mit den steigenden Kinderzahlen und dem insgesamt höheren Betreuungsbedarf zu deutlichen Engpässen und zu mangelnder Qualität.

Hier besteht Handlungsbedarf. Aus der Sicht der Bildungsgewerkschaft GEW sind neben der Aufwertung des Berufsfeldes dringend Studienplätze für Kindheitspädagog_innen zur weiteren Professionalisierung sowie Plätze für PiA (Praxisintegrierte Ausbildung) notwendig. Der Orientierungsplan (Bildungsplan der Kitas) muss mit mehr Personal endlich verbindlich umgesetzt werden.

Abbildung 2
Zufriedenheit Landesregierung auf Politikfeldern

Wie zufrieden sind Sie mit den bisherigen Anstrengungen der Landesregierung in Baden-Württemberg...?



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Baden-Württemberg / Werte in Prozent / fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angabe

© infratest dimap

Schul- und Bildungspolitik ist Ländersache. Groß sind die Handlungsmöglichkeiten, entsprechend unterschiedlich agieren die Landesregierungen. Von 2011 bis 2016 gestaltete die Landesregierung mit dem SPD-geführten Kultusministerium zahlreiche und weitgehende Reformen. Vorurteile, Polemik und großes Beharrungsvermögen von konservativer Seite, eine mangelhafte Kommunikation, zu wenig Zeit und Ressourcen für die Umsetzung beeinträchtigen bis heute die Akzeptanz und den Erfolg dieser Veränderungen.

Gleichwohl sind die Reformen aus bildungswissenschaftlicher Sicht begründet: Der Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung erfolgte aus der Erkenntnis, dass im Alter von zehn Jahren keine sichere Prognose zur Schullaufbahn erfolgen kann. Die Einführung von Gemeinschaftsschulen gibt genau darauf eine Antwort. Diese halten Bildungswege offen, stärken Eigenverantwortlich-

keit und Selbstständigkeit, erzielen Leistung auch ohne Notendruck. Das gemeinsame Lernen von Behinderten und Nicht-Behinderten (Inklusion) sowie die Ganztagschule wurden im Schulgesetz verankert. Das Gesetz zur regionalen Schulentwicklung führte zur Schließung kleiner Werkrealschulen, deren Qualität der hohe Anteil fachfremden Unterrichts gefährdet und die den Ausfall von Lehrkräften kaum kompensieren können.

Das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) in Berlin dokumentiert im IQB-Bildungstrend 2018 eine Stagnation der Schülerleistungen in Baden-Württemberg. Die Befragung im Auftrag der Kultusministerkonferenz liefert klare Hinweise auf die Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft, mangelhafte Sprachförderung und fehlende Unterstützung der Lehrkräfte beim Umgang mit Heterogenität.

Ausrichtung Schulpolitik

Mit dem Regierungswechsel 2016 setzte sich die Auseinandersetzung um die Ausrichtung der Schulpolitik in Baden-Württemberg zwischen Grünen und SPD einerseits und der CDU andererseits nahezu unverändert fort. Allerdings versperrte die sogenannte Komplementärkoalition dem größeren Koalitionspartner spürbare Einflussmöglichkeiten und führte dazu, dass das Kultusministerium Reformen der grün-roten Landesregierung wie den Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschulpflicht relativierte, das dreigliedrige Schulsystem statt eines Zwei-Säulen-Systems stabilisieren wollte, den Gemeinschaftsschulen keine Unterstützung bot, die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ, früher Sonderschulen) und die Inklusion ungenügend ausstattete. Daraus folgte eine spürbare Orientierungslosigkeit, auch bei den Kommunen, die den Veränderungsbedarf und die grün-roten Reformen überwiegend akzeptiert hatten.

Dennoch besteht bei der Frage, was für die künftige Ausrichtung der Schulpolitik am wichtigsten ist, große Einigkeit bei den Befragten. 78 Prozent halten die Einstellung zusätz-

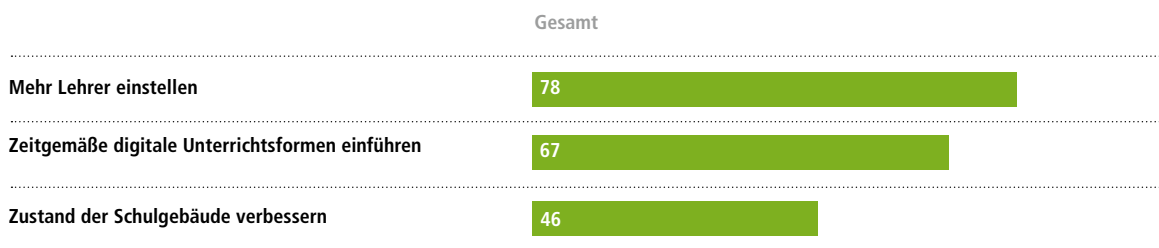
licher Lehrkräfte für die wichtigste Maßnahme, in Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren sind es sogar 86 Prozent.

Eltern erlebten bereits vor der Pandemie massiven Unterrichtsausfall, der die Bildung ihrer Kinder beeinträchtigte. Dabei geht es nicht nur um die kurzzeitigen Verhinderungen von Lehrkräften. Bei 6.000 bis 7.000 Langzeitausfällen pro Schuljahr reichen die 1.666 Stellen der Vertretungsreserve einfach nicht aus. Außerdem starten viele Grundschulen und SBBZ nach den Sommerferien ohne die ihnen zustehende Grundversorgung. In beiden Schularten hat sich die Unterrichtsversorgung in den vergangenen Jahren gravierend verschlechtert. Fördermaßnahmen und Arbeitsgemeinschaften sucht man in der Grundschule inzwischen vergeblich. Der Mangel an Grundschullehrkräften und Sonderpädagog_innen ist so groß, dass seit mehreren Jahren die freien Stellen nicht besetzt werden können.

Schon jetzt liegen die Grundschulen in der Lehrer-Schüler-Relation nur auf dem 16. Platz aller Bundesländer. Bis 2030 droht eine weitere Verschlechterung.

Abbildung 3
Ausrichtung Schulpolitik

Und nun geht es um das Thema Schule: Welches der folgenden Dinge ist aus Ihrer Sicht für die künftige Ausrichtung der Schulpolitik in Baden-Württemberg am wichtigsten? Und welches ist am zweitwichtigsten?



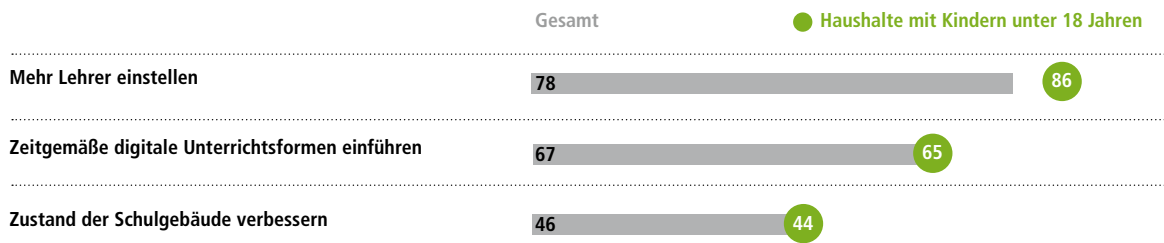
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Baden-Württemberg / in Prozent / fehlende Werte: nichts davon / anderes / weiß nicht / keine Angabe

© infratest dimap

Abbildung 4

Ausrichtung Schulpolitik in Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren

Und nun geht es um das Thema Schule: Welches der folgenden Dinge ist aus Ihrer Sicht für die künftige Ausrichtung der Schulpolitik in Baden-Württemberg am wichtigsten? Und welches ist am zweitwichtigsten?



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Baden-Württemberg / in Prozent / fehlende Werte: nichts davon / anderes / weiß nicht / keine Angabe

© infratest dimap

Die Zahl der Studienplätze muss dringend ausgebaut werden. Nur dann kann der Bedarf aufgrund steigender Schülerzahlen und Pensionierungen gedeckt und notwendige Verbesserungen umgesetzt werden. Dazu gehören der Ethik-Unterricht und der Ausbau von Ganztagschulen, verbesserte Sprachförderung und weitere Unterstützungsmaßnahmen. Dem Kultusministerium gelingt es nicht mehr, eine quantitativ und qualitativ gute Unterrichtsversorgung im ganzen Land sicherzustellen. Junge Lehrkräfte streben in die Großstädte und nicht in kleinere Gemeinden und ihre Schulen. Der größere Lehrkräftemangel im ländlichen Raum wird mit nicht ausgebildeten Lehrpersonen kompensiert. Der quantitative Mangel zeigt nicht auf, dass Lehrkräfte mit den besten Examina urbane Standorte bevorzugen und nicht den ländlichen Raum.

Das Fehlen von bezahlbarem Wohnraum im großstädtischen Bereich senkt inzwischen wahrnehmbar die Attraktivität für Lehrkräfte. Auch für gute Bildungsangebote ist die politische Schwerpunktsetzung auf Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sehr relevant.

Die Zahl der Personen ohne Lehramtsausbildung steigt in allen Schularten. Baden-Württemberg ist bundesweit Spitzenreiter bei Lehrkräften mit befristeten Verträgen und Arbeitslosigkeit in den Sommerferien. Die Bildungsgewerkschaft GEW fordert nachdrücklich die Bezahlung in den Sommerferien.

Zeitgemäße digitale Unterrichtsformen halten 67 Prozent für die zweitwichtigste Maßnahme. Die Corona-Pandemie und die Schulschließungen haben die Mängel schonungslos offengelegt. Schon 2018 war die Bildungs-

plattform Ella gescheitert. Seither war keine Entwicklung erkennbar. Trotz finanzieller Unterstützung durch die Bundesregierung fehlen für flächendeckenden Fernunterricht auch ein Jahr nach Ausbruch der Pandemie digitale Endgeräte bei Lehrkräften und Schüler_innen und weitere Voraussetzungen.

Die Dringlichkeit bewerten Einwohner_innen in Kommunen unter 20.000 (71 Prozent) und über 100.000 (57 Prozent) sehr unterschiedlich. Dafür gibt es mehrere Gründe: Schnelles Internet ist im ländlichen Raum immer noch schwächer ausgebaut. Das verhindert eine bessere Ausstattung der Schulen. Hinzu kommt, dass kleinere Gemeinden oft nur Grundschulen bzw. Werkreal- und Realschulen haben. Sie sind im IT-Bereich grundsätzlich schlechter ausgestattet als die beruflichen Schulen. Letztere haben ihren Standort in den Großen Kreisstädten und Großstädten.

Auf Initiative der Vereins Gemeinschaftsschulen haben die GEW und weitere Lehrerverbände 2020 ihre Forderungen nach einer grundlegenden digitalen schulischen Infrastruktur und die Festlegung von digitalen Mindeststandards formuliert. Dazu gehören die zeitnahe Ausstattung aller Schüler_innen und Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten, die Finanzierung von Administrator_innen für die Wartung der Geräte, belastbare LAN- und WLAN-Strukturen und vor allem datenschutzkonforme Kommunikationstools. Sie üben deutliche Kritik am Kultusministerium, das 2017 ein Qualitätskonzept ankündigte, bisher jedoch den Aufbau anwendungsbezogener und methodisch-didaktischer Kompetenzen bei den Lehrkräften nicht sicherstellen kann.

Unbestritten sind die Kosten für den Aufbau einer nachhaltigen digitalen Infrastruktur der Schulen sehr hoch. Das Ziel, die Kommunen dabei zu entlasten, ist im Interesse einer landesweit vergleichbaren Ausstattung sehr zu begrüßen.

Die Verbesserung des baulichen Zustands der Schulgebäude rangiert bei 46 Prozent an dritter Stelle der wichtigsten Anliegen für die künftige Schulpolitik. In diese Quote fließen Erfahrungen mit hervorragend ausgestatteten Schulen genauso ein wie mit maroden Schulen. Schule muss moderne Unterrichtsformen ermöglichen. Sie muss, nicht nur für Ganztagsangebote, Funktionalität und Aufenthaltsqualität sicherstellen, Lern- und Lebensraum sein. Auffällig ist, dass Vandalismus wesentlich häufiger an maroden Schulen auftritt als an gepflegten Schulen mit Wohlfühlatmosphäre.

Zu den Leuchttürmen in Baden-Württemberg gehört mit ihrer Architektur, der digitalen Ausstattung und dem Mobiliar die Alemannenschule in Wutöschingen, eine Gemeinschaftsschule. Marode Schulen beklagten in einer Befragung der GEW im Jahre 2017 u. a. Teppichböden aus den Siebzigerjahren, zweiadrige Elektrokabel im Computerraum, stinkende Toiletten, Schimmel, fehlenden Hitzeschutz und kaputte, nicht zu öffnende Fenster sowie braune Brühe, die nach Regen auf die Spezialcomputer tropft. Die sehr großen Unterschiede der Schulgebäude ergeben sich aus der Tatsache, dass die Schulträger dafür in der Zuständigkeit sind.

Laut KfW-Kommunalpanel bestanden bundesweit 2018 die größten Investitionsrückstände in den Bereichen Schule mit 42,8 Mrd. EU (32 Mrd. im Jahr 2015). Seit 2015 hat die Bundesregierung zwei Kommunalinvestitionsprogramme von jeweils 3,5 Milliarden Euro beschlossen. Rund 300 Mio. Euro stellte die Landesregierung von 2017 bis 2019 bereit. Werden die Zahlen des KfW-Kommunalpanels zugrunde gelegt, reichen die veranschlagten Summen bei Weitem nicht aus.

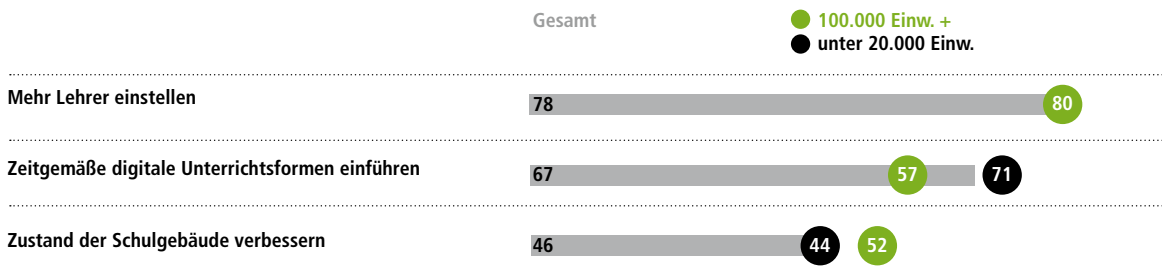
Bei der Dringlichkeit, den Zustand der Schulgebäude zu verbessern, gibt es deutliche Unterschiede zwischen Großstädten (52 Prozent) und Kommunen unter 20.000 Einwohner_innen (44 Prozent). Großstädte haben die Investitionen in Schulgebäude über viele Jahre zurückgestellt bzw. vernachlässigt. Der Blick ins Land zeigt, dass die Ausstattung in Kommunen mit einer kleineren Anzahl von Schulen deutlich besser ist, denn die Schulen sind Aushängeschilder für die Gemeinde.

Negativ wirkt sich aus, dass in den Bauverwaltungen seit Beginn der 1990er-Jahre Personal abgebaut wurde und die Kapazitäten der Bauwirtschaft ausgelastet sind. Deshalb kann zum Beispiel die Stadt Stuttgart die für die Schulsanierungen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel gar nicht ausgeben.

Eine dauerhaft bessere Finanzausstattung der Kommunen und der Aufbau des Personals sind überfällig.

Abbildung 5
Ausrichtung Schulpolitik nach Einwohnerzahl

Und nun geht es um das Thema Schule: Welches der folgenden Dinge ist aus Ihrer Sicht für die künftige Ausrichtung der Schulpolitik in Baden-Württemberg am wichtigsten? Und welches ist am zweitwichtigsten?



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Baden-Württemberg / in Prozent / fehlende Werte: nichts davon / anderes / weiß nicht / keine Angabe

© infratest dimap

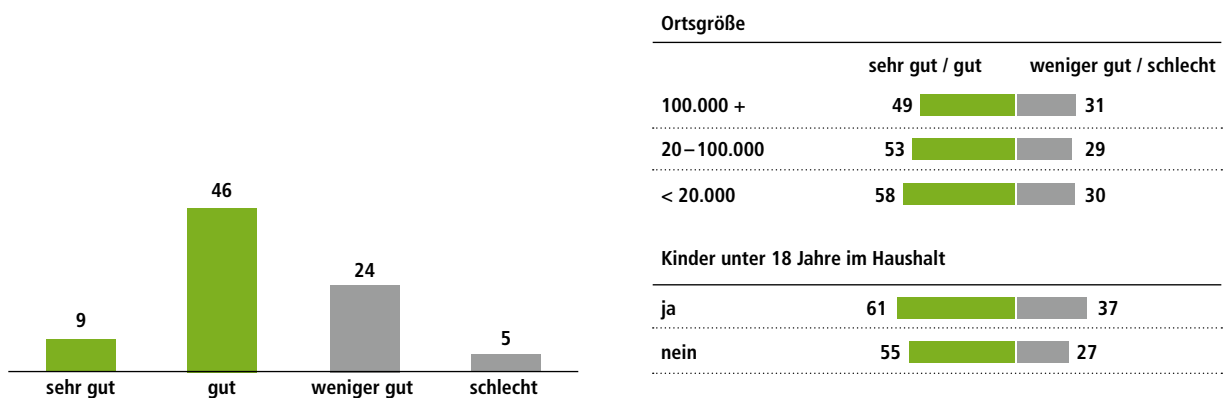
Bewertung frühkindliche Bildung

Mehr als die Hälfte (55 Prozent) bewertet den frühkindlichen Bereich in Baden-Württemberg mit gut (46 Prozent) bzw. sehr gut (9 Prozent). Er umfasst die Angebote in Krippen, Kitas und in der Tagespflege. In den Großstäd-

ten fällt die Bewertung mit 49 Prozent schlechter aus. Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren, also diejenigen, die die Angebote in der Regel nutzen, bewerten sie sogar mit 61 Prozent als sehr gut und gut.

Abbildung 6
Bewertung frühkindlicher Betreuung

Wenn Sie einmal an die frühkindliche Betreuung von Kindern in Baden-Württemberg denken, also die Betreuung von Kindern in Kindergärten, Kitas oder in Tagespflege: Ist das Betreuungsangebot in Baden-Württemberg aus Ihrer Sicht...?

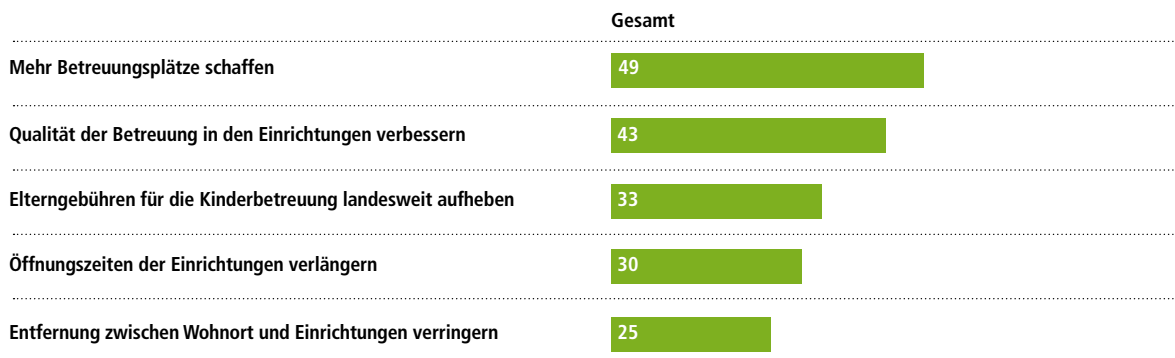


Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Baden-Württemberg / in Prozent / fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angabe

© infratest dimap

Abbildung 7
Ausrichtung frühkindliche Betreuung

Welches der folgenden Dinge ist aus Ihrer Sicht für die künftige Ausrichtung der frühkindlichen Betreuung in Baden-Württemberg am wichtigsten? Und welches ist am zweitwichtigsten?

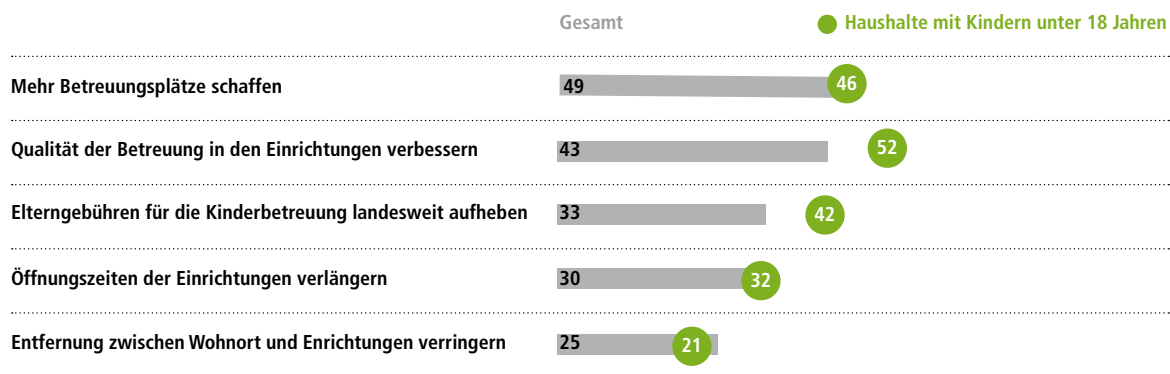


Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Baden-Württemberg / Werte in Prozent /
 Fehlende Werte: Nichts davon / anderes / weiß nicht / keine Angabe

© infratest dimap

Abbildung 8
Ausrichtung frühkindliche Betreuung in Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren

Welches der folgenden Dinge ist aus Ihrer Sicht für die künftige Ausrichtung der frühkindlichen Betreuung in Baden-Württemberg am wichtigsten? Und welches ist am zweitwichtigsten?



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Baden-Württemberg / in Prozent /
 fehlende Werte: nichts davon / anderes / weiß nicht / keine Angabe

© infratest dimap

Bei der Frage, was bei der künftigen Ausrichtung der frühkindlichen Bildung und Betreuung in Baden-Württemberg am wichtigsten ist, stehen in der Gesamtbevölkerung die Wünsche nach mehr Betreuungsplätzen mit 49 Prozent und nach Verbesserung der Qualität in den Einrichtungen (43 Prozent) deutlich an der Spitze. Die Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren geben dagegen

der Verbesserung der Qualität mit 52 Prozent höchste Priorität vor der Schaffung zusätzlicher Plätze (46 Prozent). Mütter und Väter geben ihr Kind aus pädagogischen Gründen in die Einrichtungen und stellen zu Recht hohe Ansprüche. Oft wollen bzw. müssen sie Familie und Beruf vereinbaren.

Die Fachkraft-Kind-Relation und die Kompetenzen der Fachkräfte müssen weiter verbessert werden. An keiner anderen Stelle des Bildungssystems sind Beziehung und Bindung so wichtig wie in der frühkindlichen Bildung. Leitungskräfte benötigen mehr Zeit für Personal- und Qualitätsentwicklung. Hier kommt ein klarer gesellschafts- und familienpolitischer Auftrag an die Politik zum Ausdruck, die Qualität zu steigern und gleichzeitig mehr Plätze zu schaffen.

Signifikant ist, dass in der Gesamtbevölkerung nur 33 Prozent und selbst bei Haushalten mit Kindern nur 42 Prozent der Aufhebung der Elterngebühren hohe Priorität einräumen. Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung. Dazu zählt auch die frühkindliche Bildung. Familien leisten einen wichtigen Beitrag für die Zukunft unserer Gesellschaft und sind gleichzeitig finanziell hoch belastet. Sie tragen neben den Kitagebühren auch die Kosten für den größeren Wohnraumbedarf und den Lebensunterhalt. Fast jedes fünfte Kind in Baden-Württemberg ist arm oder armutsgefährdet. Warum akzeptiert eine große gesellschaftliche Mehrheit dennoch Gebühren für die frühkindliche Bildung und Betreuung, während Schule und Studium gebührenfrei sind?

Selbst in den Großstädten mit hohen Mieten wird die Gebührenfreiheit nur von 23 Prozent gefordert. Der Mangel an Krippen- und Kitaplätzen und die deutliche Kritik an der Qualität der Angebote stehen hier deutlich im Vordergrund.

Für eine Verlängerung der Öffnungszeiten spricht sich ein knappes Drittel der Haushalte mit Kindern (32 Prozent) aus, bei SPD-Anhänger_innen sind es 36 Prozent. Familie und Beruf sind bei eng begrenzten Öffnungszeiten kaum zu vereinbaren.

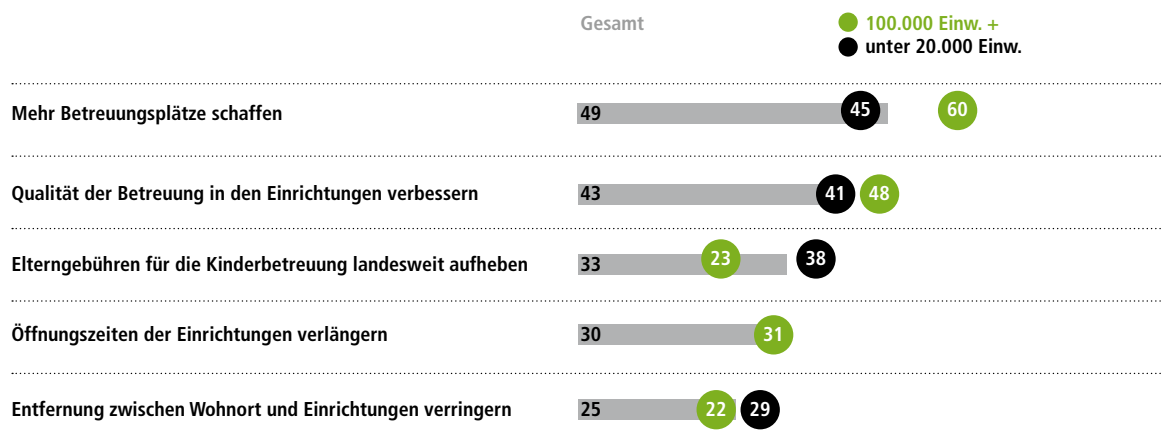
Der Ausbau von Ganztagsangeboten und längere Öffnungszeiten sind u. a. bei weiten Wegen zur Arbeit, bei Beschäftigungen im Einzelhandel und in Pflegeberufen Voraussetzungen für die Berufstätigkeit von Vätern und Müttern. Ganztägige Angebote müssen von Anfang an garantiert werden.

Erst auf Rang fünf rangiert mit 25 Prozent die Verringerung der Entfernung zwischen Wohnort und Einrichtung. Den Trägern ist es vor allem in Großstädten einigermaßen gelungen, die Standorte gut in der Fläche zu verteilen – oder die Mobilität ist so hoch, dass auch weitere Wege bewältigt werden können. Die fußläufige Erreichbarkeit scheint nicht vordringlich zu sein.

Abbildung 9

Ausrichtung frühkindliche Betreuung nach Einwohnerzahl

Welches der folgenden Dinge ist aus Ihrer Sicht für die künftige Ausrichtung der frühkindlichen Betreuung in Baden-Württemberg am wichtigsten? Und welches ist am zweitwichtigsten?



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Baden-Württemberg / in Prozent / fehlende Werte: nichts davon / anderes / weiß nicht / keine Angabe

© infratest dimap

Fehlende Betreuungsplätze sind vor allem in den Großstädten ein Problem. Für 60 Prozent ist das der wichtigste Punkt für die künftige Ausrichtung der frühkindlichen Bildung. In Kommunen unter 20.000 Einwohner_innen liegt der Wert nur bei 45 Prozent. Im ländlichen Raum reduziert die noch bestehende Familienstruktur die Abhängigkeit von den Angeboten und den Bedarf im frühkindlichen Bereich.

Die Einrichtungen der frühkindlichen Bildung haben landesweit etwa zur Hälfte kommunale und freie (überwiegend kirchliche) Träger. Dazu kommt die Kindertagespflege. Im städtischen Bereich überwiegen die kommunalen Angebote. Sie sind verpflichtet, alle Kinder aufzunehmen, während die freien Träger über die Aufnahme entscheiden können. Der Fachkräftemangel wird deshalb in den großen Städten deutlicher sichtbar. In der Stadt Stuttgart besteht an kommunalen Kitas ein Fachkräftemangel von ca. 20 Prozent.

Personalmangel wirkt sich negativ auf die Qualität aus. Ihre Verbesserung wird deshalb im großstädtischen Raum mit 48 Prozent als dringlicher als in kleineren Kommunen (41 Prozent) benannt. Die Personalgewinnung im städtischen Bereich wird auch durch fehlenden bezahlbaren Wohnraum erschwert. Auch hier zeigt sich der enge Zusammenhang zwischen Bildung und Schaffung von Wohnraum, den eine verantwortungsvolle Familienpolitik berücksichtigen muss.

Bei der Befragung bezüglich der Einstellungen zu Politik, Institutionen und Akteuren in Baden-Württemberg werden unter allen bestehenden Aufgaben und Herausforderungen Bildung, Schule und Ausbildung an erster Stelle genannt. Umso erfreulicher ist es, dass unter den Erwerbstätigen 49 Prozent der Aussage zustimmen, dass Baden-Württemberg mehr in Bildung und Infrastruktur investieren soll, auch wenn sich das Land dadurch höher verschuldet. Unter den Erwerbstätigen mit Abitur sind es sogar 59 Prozent.

Fazit

Für die Befragten steht die Verbesserung der Unterrichtsversorgung ganz oben, in der frühkindlichen Bildung ist es der Bedarf an zusätzlichen Plätzen. Haushalte mit Kindern halten die Qualitätsentwicklung für die wichtigste Aufgabe und messen der Aufhebung der Gebühren hohe Bedeutung zu.

Eine soziale Politik muss den Grundstein für eine fairere Verteilung der Lebenschancen durch qualitativ hochwertige und gebührenfreie Bildung für alle von Anfang an schaffen. Die hohe Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft steht im Widerspruch zu Grundgesetz und Landesverfassung: Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.

Es reicht nicht aus, dass die Politik in Sonntagsreden die Bedeutung von Bildung, Betreuung und Familien betont und bedauernd feststellt, dass kein Geld da sei. Es fehlt

der Wille, wirklich gute Bildung und Betreuung zu gestalten. Angeblich im Interesse künftiger Generationen wurde die Schuldenbremse im Grundgesetz und der Landesverfassung verankert.

Es geht auch anders: Südtirol gestaltet ein inklusives Bildungssystem in Kita und Schule mit einem sehr viel besseren Personalschlüssel und barrierefreien, sehr gut ausgestatteten Einrichtungen.

Eine familien- und gesellschaftspolitisch vorausschauende Politik erkennt hohe Qualität und Gebührenfreiheit in allen Bereichen der Bildung und Betreuung als Investitionen in Demokratie und Chancengleichheit. Die Politik ist gefordert, mit Reformen und besserer Ausstattung Zukunft für alle Kinder und Jugendlichen zu schaffen.

Doro Moritz
GEW-Landesvorsitzende 2008–2020

Abbildungsverzeichnis

- 7 Abbildung 1
Themensalienz Herbst 2020
- 8 Abbildung 2
Zufriedenheit Landesregierung auf Politikfeldern
- 10 Abbildung 3
Ausrichtung Schulpolitik
- 11 Abbildung 4
Ausrichtung Schulpolitik in Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren
- 12 Abbildung 5
Ausrichtung Schulpolitik nach Einwohnerzahl
- 13 Abbildung 6
Bewertung frühkindlicher Betreuung
- 14 Abbildung 7
Ausrichtung frühkindliche Betreuung
- 14 Abbildung 8
Ausrichtung frühkindliche Betreuung in Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren
- 15 Abbildung 8
Ausrichtung frühkindliche Betreuung nach Einwohnerzahl

ISBN 978-3-96250-872-2

